18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Bernd Schlömer (FDP)**

vom 10. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. September 2020)

zum Thema:

Corona-Hilfen durch den Senat – eine Zwischenbilanz unter besonderer Betrachtung der Berechnungsvorschriften der IBB

und **Antwort** vom 17. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Sep. 2020)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Bernd Schlömer (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24891
vom 10.09.2020

über Corona-Hilfen durch den Senat – eine Zwischenbilanz unter besonderer Betrachtung der Berechnungsvorschriften der IBB

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat den aktuellen Sachstand bei der Bereitstellung von sogenannten Landesmitteln der Soforthilfe 2?
 - a) Wurden hieraus in einem frühen Stadium auch Anträge zur Deckung von Lebenshaltungskosten genehmigt?
 - b) Auf welcher Grundlage ist dieses geschehen (Betroffene berichteten, dass dieses aufgrund öffentlich zugänglicher, unklarer und mehrdeutiger Informationen eine Förderung anfangs möglich gewesen sei)?
 - c) Gibt es nunmehr genaue Berechnungsvorschriften für die Auszahlung der Soforthilfen? Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte die Berechnung der Soforthilfen in durch die IBB im Land Berlin?

Zu 1.: Das Land Berlin hat mit der Soforthilfe II schnell und unbürokratisch über 215.000 Unternehmen, Solo-Selbständigen und Angehörigen Freier Berufe die notwendige Unterstützung zukommen lassen, um aufkommende existenzielle Sorgen abzumildern und letztlich Insolvenzen und damit den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern. Die zügige Umsetzung in Berlin ist seinerzeit bundesweit nicht nur von Bundeswirtschaftsminister Altmaier gelobt worden.

Zu 1.a): Die Soforthilfe II diene ausschließlich der betrieblichen Existenzsicherung.

Zu 1.b): Bei der Soforthilfe II handelt es sich um eine Billigkeitsleistung nach § 53 Landeshaushaltsordnung (LHO). Billigkeitsleistungen sind Leistungen, die erbracht werden, obwohl keine rechtliche Verpflichtung dazu besteht. Voraussetzung ist, dass dafür Ausgabemittel besonders zur Verfügung gestellt sind.

Die Förderkriterien und -voraussetzungen der Landeshilfe waren zum einen dem über die Website der Investitionsbank Berlin verfügbaren Antragsformular und zum anderen den zur ersten Orientierung dienenden FAQ (Frequently Asked Questions) zu entnehmen.

Zu 1.c): Das Programm ist mit Übernahme der Bundeshilfe (Soforthilfe II Bund) ausgelaufen. Insoweit geht die erste Frage ins Leere. Hinsichtlich der zweiten Frage wird auf die Antwort zu 1.b) verwiesen.

2. Im Land Brandenburg erfolgte die Berechnung des Liquiditätsengpasses ausschließlich basierend auf Betriebskosten. Wurde in Berlin mittlerweile die Berechnungsgrundlage der IBB dahingehend geändert, dass die Lebenshaltungskosten von Soloselbstständigen nicht mehr von der Soforthilfe abgedeckt werden, sondern dass im Falle von finanziellen Engpässen von Soloselbstständigen ein Antrag auf Grundsicherung im Rahmen des Sozialgesetzbuches? Wenn ja, wann hat diese Änderung stattgefunden? Zu welchem Zeitpunkt gab es weitere Änderungen der Berechnungsgrundlage?

Zu 2.: Das Soforthilfe-Programm (Soforthilfe II Bund und Land) ist beendet und wurde durch die Überbrückungshilfe des Bundes abgelöst. Dazu hat das Land Berlin mit dem Bund eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen, deren Bestandteil so genannte Vollzugshinweise sind. Danach ist die Berücksichtigung von Lebenshaltungskosten - unter Hinweis auf den vereinfachten Zugang zu Leistungen der Grundsicherung nach dem 4. Sozialgesetzbuch/SGB II - unzulässig.

3. Wird der Senat künftig bei der Neuauflage solch artiger Hilfen konkrete, leicht ersichtliche Berechnungsvorschriften für die Auszahlung der Landeshilfen zur Verfügung stellen, bspw. mit einer einfachen Anleitung für eine entsprechende Berechnungsgrundlage für Soloselbstständige?

Zu 3.: Wie unter 2. ausgeführt, ist die Soforthilfe II durch die Überbrückungshilfe des Bundes - in Berlin durch die Investitionsbank Berlin durchgeführt - abgelöst worden. Anträge sind nur über Steuerberaterinnen/Steuerberater, Wirtschaftsprüferinnen/Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte sowie vereidigte Buchprüferinnen/Buchprüfer möglich. So ist sichergestellt, dass die Eckpunkte und Vollzugshinweise des Programms nicht missverstanden und zwingend erforderliche Angaben seitens der antragstellenden Unternehmen professionell begleitet werden.

4. Welchen Erfahrungswert kann der Senat insgesamt bei den Soforthilfen kommunizieren: Worauf sollen Selbstständige berechnen, welchen Teil der Lebenshaltungskosten sie als Kosten ansetzen dürfen und wie soll im Einzelfall von den Empfängern ermittelt werden, welcher Teil er behalten bzw. zurückgezahlt werden muss?

Zu 4.: Wie unter 2. ausgeführt, ist eine Berücksichtigung von Lebenshaltungskosten nicht zulässig; gleiches gilt für den Unternehmerlohn. Im Rahmen der Überbrückungshilfe dürfen nur bestimmte betriebliche Fixkosten berücksichtigt werden.

Berlin, den 17. September 2020

In Vertretung

Barbro Dreher

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe